



„Parteien sollten mehr auf Unterschiede setzen“

Frederick Cordes, 29, Chef der NRW-Jusos



„Für moderne Strukturen muss man kämpfen“

Diana Kinnert, 24, CDU-Mitglied



„Taktieren gehört zum Politikgeschäft“

Matthi Bolte, 29, Grünen-Landtagsabgeordneter

FOTOS: CHRISTOPH REICHWEIN | GRAFIK: FERL

Die jungen Mitmischer

Vielen Parteien geht der Nachwuchs aus. Doch es gibt auch Hoffnungsträger. Ihr Anliegen: nicht meckern, sondern machen.

VON JASMIN BUCK

DÜSSELDORF Die Jugendorganisationen der Parteien denken sich Sätze und Fragen aus, die aufregend klingen sollen: „Wie viel Wir braucht das Ich?“ (Jungsozialisten), „Black is beautiful“ (Junge Union), „Das sehe ich anders“ (Junge Liberale) oder „Wir haben es satt“ (Grüne Jugend). Doch immer mehr junge Leute ignorieren diese Slogans. Nur ein Drittel der 16- bis 30-Jährigen findet Politik interessant, wie eine Studie der Bertelsmann-Stiftung ergab. So wenige wie seit 20 Jahren nicht. Der Politik geht eine ganze Generation verloren. Was sollen junge Leute also in Parteien – einem Milieu mit dem Charme von Altenheimen?

Viele Gedanken darüber macht sich die CDU. Kein Wunder: Die Junge Union verliert immer mehr Anhänger: 1990 hatte sie noch 200.000 Mitglieder, heute sind es weniger als 115.000. Diana Kinnert erklärt, warum man trotzdem dabei sein sollte: „Weil Politik das Anpacken für das Gemeinwohl ist. Und weil es am Ende des Tages immer noch die Parteien sind, die die Deutungshoheit über den Begriff des Gemeinwesens besitzen.“

Kinnert, 24, sprüht nur so vor Tatendrang und Schaffenslust. Seit sieben Jahren ist die bekennende Käppi-Trägerin CDU-Mitglied. Seit vergangem Jahr sitzt die Wuppertalerin in der Bundeskommission zur Parteireform unter Generalsekretär Peter Tauber. Sein Ziel: mehr Frauen, mehr Migranten und mehr Junge in die Partei zu holen. „Wer möchte, dass sich junge Menschen parteipolitisch engagieren, der muss Strukturen schaffen, die auf die Lebenswirklichkeit junger Menschen zugeschnitten sind. Die Jungen halten sich nicht auf dem jährlichen Schrebergartentreff auf,

sondern im urbanen Kulturzentrum“, sagt Kinnert.

Am politischen Interesse von Matthi Bolte sind seine Eltern schuld. Sein Vater war in seiner Heimatstadt Bielefeld Kommunalpolitiker – in der FDP. Früh habe er sich mit ihm hitzige Rededuellen geliefert, waren ihm die Grünen doch schon zu Schulzeiten viel sympathischer. „So etwas prägt“, sagt Bolte. 2002 trat er in die Partei ein, damals war er 17. Niemand habe ihn dazu aufgefordert. Sein Wunsch: die damalige rot-grüne Regierung gegen den Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber verteidigen. Das hat funktioniert.

Inzwischen sitzt der heute 29-Jährige als Abgeordneter im nordrhein-westfälischen Landtag, hat sich als netzpolitischer Sprecher einen Namen gemacht. In seiner Partei, der Bolte „keinerlei Star-Allüren“ attestiert, ist er selbst schon ein Entscheider. Anstrengend findet er das nicht. Im Gegenteil: Als der Landtag 2011 beschloss, die Studiengebühren von bis zu 500 Euro pro Semester abzuschaffen, hob auch Bolte seine Hand. „Das war ein toller Moment. Es ist ein Privileg, sich für die Rechte und Bedürfnisse der Menschen im Land einzusetzen.“

Der gebürtige Oberhausener Frederick Cordes hat sich politisch anders orientiert: Er hat sich für die Jusos entschieden. Cordes steht für Sozialdemokratie in Reinform: Mit 16 Jahren trat er in die Partei ein, sein Vater ist in der SPD, seine Lebensgefährtin sitzt als Genossin im Wuppertaler Stadtrat. Seit dem vergangenen Jahr steht er an der Spitze des größten Landesverbandes, vertritt die Interessen von rund 16.000 Jusos in NRW. Der 29-Jährige widerspricht der Darstellung der ausgegrenzten Jugend. „Das ist eine Frage der Sichtweise“, sagt er. Die Jusos seien schließlich als linker Flügel schon in die Partei in NRW direkt eingebunden. Trotz dieser Nähe äußerten sich die Jusos häufig genug kritisch.

Ist Juso-NRW-Chef sein nicht trotzdem ein bisschen wie im Sandkasten spielen, während die großen Jungs Politik machen? „Und wenn schon“, sagt Cordes. Der Nachwuchs müsse sich seinen Platz erkämpfen und sich für die junge, keineswegs politikverdrossene Generation einsetzen. Etwa beim Thema Semesterticket für Studenten. Den Preis dafür will der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr um 43 Prozent erhöhen. „Das ist kein zufriedenstellendes Angebot für die Studierenden. Zumal die Tickets für Auszubildende unbedingt günstiger werden müssen“, kritisiert Cordes.

Vielen jungen Leuten fehlt Studien zufolge die Zeit, sich fest an eine Partei oder einen Verein zu binden. Durch Bachelor und Master sei der Druck im Studium gestiegen. Die Semesterferien füllten Studierende nicht mehr mit Urlaub, sondern mit Praktika. „Macht bekommt man aber nicht geschenkt“, sagt CDU-Frau Kinnert. Politik, Gesellschaft und Ökonomie ließen sich nicht vom Smartphone aus gestalten. Ihr Fazit: weniger meckern, mehr machen.

STATISTIK

Mitglieder in politischen Jugendorganisationen

Grüne Jugend
Im Bund 7474
In NRW 2073
Jungsozialisten (Jusos)
Im Bund rund 70.000
In NRW 15.744
Junge Union (JU)
Im Bund 114.293
In NRW 32.273

INTERVIEW LOTHAR PROBST

„Der klassische Ortsverein ist für Jugendliche langweilig“

Der Wahlforscher findet, Politik müsse mehr Erlebnischarakter haben. Dafür sollten Parteien auch mehr Foren für Heranwachsende bieten.

Jung und politisch interessiert – ist das heutzutage ein Widerspruch?

PROBST Nein, es gibt heute wahrscheinlich mehr Jugendliche, die sich sozial oder politisch engagieren, als früher. Das Problem ist eher, dass wir eine starke Zweiteilung haben: politisch wenig interessierte Jugendliche mit geringer Bildung in sozial schwierigen Lebenslagen und politisch stark interessierte und gut informierte Jugendliche mit guter Bildung, die in ökonomisch stabilen Verhältnissen

aufwachsen. Das drückt sich auch in der Wahlbeteiligung aus – in der ersten Gruppe schwach, in der zweiten wesentlich stärker.

Warum zieht es junge Leute so selten in Parteien?

PROBST Für politisch interessierte Jugendliche gilt eher das Motto „small and soon“ („klein und schnell“). Also Engagement in kleinen überschaubaren Projekten für eine gute Sache; das Ergebnis des Engagements sollte

in einem erreichbaren Zeitraum möglich sein.

Wie kann ein Partei-Veteran glaubwürdig über die Probleme Heranwachsender sprechen?

PROBST Parteien müssen mehr Foren für Heranwachsende anbieten – der klassische Ortsverein, der stundenlang über Tagesordnungen redet, ist für Jugendliche langweilig. Die Parteikulturen sind zu wenig auf Jugendliche abgestellt. Natürlich kann

auch der Austausch zwischen Alt und Jung bereichernd sein – aber nicht nach dem Motto: Ich erzähle euch mal, wie wir unter Willy Brandt Politik gemacht haben.

Wie wichtig ist jungen Leuten das Internet als Forum politischer Partizipation?

PROBST Das Internet ist die wichtigste Kommunikationsplattform für Jugendliche geworden. Die Piraten etwa hatten auch viele jüngere Parteimit-

glieder, die nicht aus den oberen Bildungsschichten kamen, sondern Real- und Hauptschüler waren. Dort war das Internet nicht einfach nur ein

Lothar Probst leitet den Arbeitsbereich Wahlforschung am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen.



FOTO: DPA

weiterer Kanal unter vielen, sondern es war ein Angebot zum Mitmachen.

Sollte das Wahlalter gesenkt werden?

PROBST Bremen, Hamburg und bald auch Brandenburg haben ja schon das Wahlrecht ab 16, andere Bundesländer wollen nachziehen. Man sollte aber nicht darauf setzen, dass dadurch die politische Partizipation von Jugendlichen steigt.

JASMIN BUCK STELLTE DIE FRAGEN.

KOLUMNE BERLINER REPUBLIK

Wie Seehofer den SPD-Chef umdribbelte

Als die große Koalition vor etwa 15 Monaten an den Start ging, richtete sich das Augenmerk vor allem auf das Parteichef-Duo Sigmar Gabriel (SPD) und Horst Seehofer (CSU). Ihr Politikstil galt als spontan, sprunghaft und aus dem Bauch heraus. Während sich Gabriel in den vergangenen Monaten eher rational und verlässlich gezeigt hat, ist sich Seehofer treu geblieben. In puncto politischer Schlitzohrigkeit scheint er Gabriel leicht überlegen zu sein.

Fassungslos blickten Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihr Vize Gabriel nach München, als Seehofer bekannt gab, die für die Energiewende notwendigen Stromtrassen so nicht bauen lassen zu wollen. Nun liegt das Mega-Projekt der Bundesregierung erst einmal auf Eis. Bislang schieben sich CDU und SPD den Schwarzen Peter hin und her, wer nun die Bayern in dieser Frage zur Vernunft bringen muss.

Seehofer hat seinen süßen Senf auch in der Debatte um die Bundesländer-Finanz dazugegeben. Die SPD ist dem CSU-Chef regelrecht in die Falle gegangen. Während die Sozial-

demokraten den Bürgern erklärten, dass sie den „Soli“ nicht zurückbekämen, überredete Seehofer die Kanzlerin in dieser Frage zu einer 180-Grad-Wende: Der „Soli“ soll nicht festgeschrieben, sondern abgeschmolzen werden.



EVA QUADBECK

Die Grünen sprechen von Seehofer stets nur despektierlich als „Crazy Horst“. Doch damit unterschätzen sie

den Taktiker aus Bayern. Mit der Kehrtwende beim „Soli“ hat er der Union den strategischen Vorteil verschafft, dass mal wieder das alte Vorurteil aufgewärmt werden kann, wonach die Sozialdemokraten so hohe Steuern brauchen, weil sie eben nicht mit Geld umgehen können. Den Bayern gelingt es immer wieder, Stamm-tischweisheit mit politischer Gewieftheit zu kombinieren. Damit macht man sich unter der politischen Dunstglocke zwar unbeliebt, gewinnt aber Wahlen. Auch deshalb weiß die Kanzlerin, was sie an Seehofer hat.

Über diesen Instinkt, den Leuten etwas gut verkaufen zu können, verfügt Gabriel normalerweise auch. Doch der SPD-Chef wird sich in der „Soli“-Frage angesichts der engen Kooperation zwischen dem Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) und Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) in der Sicherheit gewiegt haben, dass man den „Soli“ für die Staatskasse behalten kann. Seehofer hat Gabriel locker umdribbelt: 1:0.

Ihre Meinung? Schreiben Sie unserer Autorin: kolumne@rheinische-post.de

EU überlässt Datenspeicherung den Staaten

BERLIN (jd) Die Debatte um die Einführung einer Vorratsdatenspeicherung dürfte in der großen Koalition nun an Fahrt gewinnen. Denn die EU-Kommission plant nach eigenen Angaben keinen neuen Anlauf für die Massenspeicherung von Verbindungsdaten. Möglich ist nur noch eine nationale Lösung, die zwischen den Koalitionspartnern Union und SPD stark umstritten ist. Der Europäische Gerichtshof hatte 2014 die europäische Richtlinie für ungültig erklärt. Jedes EU-Land kann aber eigene Regelungen erlassen. SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi ging auf Distanz: „Es ist unklar, inwiefern eine Vorratsdatenspeicherung nach dem Urteil überhaupt noch möglich ist.“ Weil die Datenspeicherung ein tiefer Eingriff in die verfassungsmäßigen Rechte sei, müsse der von Grundgesetz und EU-Recht gedeckt sein: „Ich vertraue lieber auf gute Polizeiarbeit.“ Offen für eine eingeschränkte Speicherung haben sich dagegen SPD-Chef Sigmar Gabriel und Thomas Jarzombek (CDU) gezeigt.

SPD kritisiert Schäuble für Gesetz zu Familienleistungen

BERLIN (rtr) Anders als von Familienministerin Manuela Schwesig gefordert, enthält der Gesetzentwurf von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) zur Anhebung der Familienleistungen keine Erhöhung des Freibetrags für Alleinerziehende. Die SPD reagiert erzürnt. Im Koalitionsvertrag sei eine Entlastung von Alleinerziehenden vereinbart worden, sagte die Parlamentarische Staatssekretärin Elke Ferner: „Und das muss auch in den Gesetzentwurf rein.“

Der Entwurf, der der Nachrichtenagentur Reuters vorliegt, sieht vor, den steuerlichen Kinderfreibetrag um 240 Euro pro Jahr zu erhöhen, um 144 Euro im Jahr 2015 und weitere 96 Euro 2016. Zugleich soll das Kindergeld um insgesamt sechs Euro steigen: um vier Euro in diesem und zwei Euro im nächsten Jahr. Für das erste und zweite Kind beträgt es dann 190 Euro, für das dritte Kind 196 und für weitere Kinder jeweils 221 Euro. Zugleich soll der Kinderzuschlag für Geringverdienende ab dem 1. Juli 2016 um 20 Euro auf 160 Euro

monatlich steigen. Dieser Betrag soll Familien davor bewahren, trotz eines Jobs in Hartz-IV-Bezug zu rutschen.

Familien mit nur einem Elternteil hätten eine besonders hohe Belastung zu schultern, gerade auch mit Blick auf die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf, sagte SPD-Fraktionsvize Carola Reimann. Sie forderte von Schäuble eine stärkere Anhebung des Kindergeldes. Eine Steigerung um sechs Euro stehe nicht im Verhältnis zu den finanziellen Verbesserungen, die Gutverdiener durch die verfassungsgemäß gebotene Anhebung der Freibeträge hätten. Aus der SPD war unlängst die Forderung nach einer Kindergeld-Erhöhung um zehn Euro gekommen. Reimann bezeichnete es als unrealistisch, dass Verbesserungen für Alleinerziehende aus dem Familienetat geschultert werden könnten, wie dies ein Sprecher Schäubles gefordert hatte.

In Deutschland leben nach Angaben der Regierung rund 1,6 Millionen Alleinerziehende mit Kindern unter acht Jahren. Sie machen jede fünfte Familie aus.